

Der Sozialdemokratische Pressedienst

steht mit:

Hannover, 27. Mai 1947

Kommunaltagung in Bad Vilbert

Am 11. und 12. Juni 1947 wird in Bad Vilbert bei Frankfurt am Main eine Sitzung des Kommunalpolitischen Beirates und des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD stattfinden. Im Mittelpunkt der Erörterungen werden grundsätzliche Fragen des Gemeinderechtes, vor allen Dingen der wirtschaftlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung stehen. Diese Tagung kommt deshalb besondere Bedeutung bei, weil in den neugewählten Parlamenten der englischen Zone in Kürze die Beratungen einer kommenden Gemeindeordnung beginnen werden.

Grosszeltlager der "Falken"

Das erste Grosszeltlager der "Falken"-Bewegung fand vom Pfingstsonntagabend bis zum Dienstag nach Pfingsten in Form einer "Falken - Republik" auf der Hohen Warte im Deister bei Hannover statt, begünstigt von strahlendem Wetter.

Das Zeltlager für die etwa 1800 Jugendlichen war dorfwise aufgebaut, jedes der acht Dörfer wählte seinen eigenen Bürgermeister, diese leiteten das Zeltlager nach einem festgelegten Lagerplan. Das Lager war in dem landschaftlich besonders reizvollen hügeligen Vorgelände des Weserberglandes mitten in einem Tannenwalde aufgeschlagen, weit entfernt von der heute so niederdrückenden Großstadtatmosphäre, aus der die meisten Teilnehmer kamen.

Sinn und Zweck dieses Lagers war die Stärkung des sozialistischen Gemeinschaftsgefühls in der Jugend, auch das Bemühen, der gegenseitigen Entfremdung und geistigen Verflachung, die so brennende Gegenwartsgefahren sind, entgegenzuwirken. Die "Falken"-Bewegung sieht die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben in einer Erziehung der Jugend in sozialistischem Sinn. Die Veranstaltungen trugen sehr verschiedenen Charakter: sportliche Übungen standen neben der geistigen Unterweisung durch gemeinsame Lektüre, Liederabende und Volkstänze neben dem ersten Vortrag über die grundsätzlichen Fragen, die die Jugend heute bewegen.

Um ein Hindenburg-Bild

Die kürzlich veröffentlichte Meldung, in Herford habe ein SPD-Stadtvertreter verlangt, das im Kreishaus hängende Hindenburgbild in Generalsuniform durch ein solches in Zivil auszutauschen, entspricht nicht der Wahrheit. Tatsächlich hat ein SPD-Stadtvertreter in einer Ausschusssitzung verlangt, das Hindenburgbild zu entfernen. Sollte aber die Mehrheit (ODU) der Stadtvertreter der Auffassung sein, das Bild des ehemaligen Reichspräsidenten auf jeden Fall im Rathaus haben zu müssen, so würde er nur dazu bereit sein, wenn dem ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, dieselben Recht eingeräumt würden. Ebert habe nach seiner Meinung viel mehr für Deutschland getan als Hindenburg.